

taz bastelt an Verrätertor

Die taz hat gerade den Testbetrieb für ein Whistleblower-Portal aufgenommen. Zusammen mit Openleaks soll es möglich gemacht werden, bei der taz absolut anonym Infos einzureichen, zum Beispiel aus Behörden, aus der Firma oder über seine Kollegen. Man ist da gespalten. Ohne vertrauliche Infos hat die Presse noch nie funktioniert. Andererseits kann man sich schon vorstellen, wie das bei der taz abläuft. So wie man bis jetzt nur falsche Doktoren bei CDU/CSU und FDP gefunden hat, während kein Mensch nach SPD-Dokortiteln oder solchen aus der Gysi-Partei zu DDR-Zeiten geforscht hat, so würde auch die taz sicher nicht zwei Tage vor der Berlin-Wahl etwas über Renate Künast rauslassen, falls etwas vorläge.

Zum Thema existieren auch Zitate:

Proditionem amo, sed proditores non laudo. Den Verrat liebe ich, die Verräter lobe ich nicht. (Cäsar)

Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. (August Heinrich Hoffmann von Fallersleben)

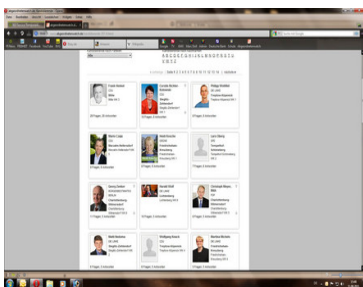
Andererseits erschienen z.B. bei der WELTWOCHHE wichtige Whistleblower-Geschichten, aus dem Zürcher Sozialamt zum Beispiel, die vertretbar waren, weil die Damen sich mehrmals an ihre Vorgesetzten gewandt hatten und nichts passierte. Erst dann gingen sie zur Presse. Bei Wikileaks ist es übrigens inzwischen merklich still geworden. Trotzdem dürfte die taz Nachahmer finden.

Manipulationen bei abgeordnetenwatch ?



Die Vorgänge bei abgeordnetenwatch im Zusammenhang mit der Berlin-Wahl werden immer abenteuerlicher. Zunächst wurden viele Fragen von interessierten Bürgern an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Kandidaten auf Platz 2 der Landesliste der FREIHEIT, Marc Doll, abgelehnt (PI berichtete). Mittlerweile haben die dortigen Verantwortlichen, die offensichtlich hauptsächlich aus dem Umfeld von „Direkte Demokratie“, SPD und Grünen kommen, zwar einige Fragen zugelassen. Aber Doll wurde regelwidrig auf Platz 141 (siehe Titelbild) verfrachtet.

Bei abgeordnetenwatch wird die Rangliste der Kandidaten nach der Anzahl der beantworteten Fragen erstellt. Normalerweise müsste Marc Doll mit 20 Antworten nun auf Platz 2 hinter Frank Henkel stehen, der es bisher auf 28 Antworten gebracht hat.



Die seltsamen Vorgänge gehen aber noch weiter: Manchen Fragestellern wurde mitgeteilt, dass Zweifel an ihrer Identität bestünden. Man beharrte auf Zufaxen des Ausweises. Ein Fall ist dokumentiert, bei dem trotz der Zusendung der Papiere die Frage abgeblockt wurde. Hier der Schriftverkehr:

Guten Tag Uwe A.,

vielen Dank für Ihre Nachricht an Herrn Marc Doll über abgeordnetenwatch.de. Wir müssen Ihnen mitteilen, dass wir Ihre Nachricht in der vorliegenden Version nicht freischalten können, da Zweifel an Ihrer Identität bestehen. Mails mit falscher Namensangabe werden auf unserer Plattform nicht freigeschaltet. Damit wollen wir den Dialog zwischen

Fragestellern und Abgeordneten auf gleicher Augenhöhe gewährleisten und einer möglichen, durch das Medium Internet bedingten Anonymität, vorbeugen. Zur Belegung Ihrer Identität bitten wir Sie daher um Übersendung einer Ausweiskopie per Fax oder eMail. Nehmen Sie hierbei bitte Bezug auf diese eMail. Bitte beachten Sie auch, dass Ihre Frage noch nicht hinsichtlich unseres Moderations-Codex überprüft wurde. Den Moderations-Codex finden Sie unter: www.abgeordnetenwatch.de/codex

*Mit freundlichen Grüßen,
Team abgeordnetenwatch.de*

Anschließend schickte Uwe A. seine Ausweispapiere. Trotzdem wurde seine Frage nicht freigeschaltet. Daraufhin meldete er sich wieder bei [abgeordnetenwatch](http://abgeordnetenwatch.de):

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem ich Ihnen gestern meine Ausweiskopie geschickt habe und meine Frage erneut an die Abgeordneten meiner Wahl geschickt habe, kommen Sie mir mit der gleichen ablehnenden Antwort. Nunmehr glaube ich, dass das bei Ihnen trotz Ihrer gegenteiligen Beteuerung Methode ist. Ich werde den Abgeordneten meine Frage auf direktem Wege zukommen lassen und Ihr Portal nicht mehr nutzen. Ebenso werde ich allen anderen Freunden und Bekannten davon abraten.

*Mit (un)freundlichen Grüßen!
Uwe A.*

Bisher hat Uwe A. noch keine weitere Antwort erhalten. Marc Doll meinte gegenüber der PI-Redaktion, dass die Links-Rot-Grünen DIE FREIHEIT offensichtlich sehr fürchten. Anders könne man sich diese Zensur- und Blockiermethoden nicht erklären. DIE FREIHEIT werde sich diese Manipulationen nicht gefallen lassen und erwägt gerade, rechtliche Schritte einzuleiten.

Freizügigkeit: Spanien sperrt Rumänen aus

☒ Nach dem Motto „Europa oder der Tod“ versucht man uns immer glauben zu machen, dass die europäische Zusammenarbeit nur eine Richtung kennt, nämlich die hin zum Bundesstaat mit gemeinschaftlicher Währung. Egal ob dänische Wiedererrichtung von Grenzanlagen oder laute Forderungen nach einem griechischem Euro-Austritt, beschwört man den nächsten europäischen Bruderkrieg herauf, wenn pragmatische Politik Auswüchse des Brüsseler Zentralismus wieder einkassieren will.

(von Thorsten M.)

Dass es auch anders geht, beweist in diesen Tagen interessanterweise ausgerechnet die EU-Kommission selbst, die es Spanien erlaubt, „vorübergehend“ die Freizügigkeit für rumänische Arbeiter wieder einzuschränken. n-tv berichtet:

„Im Allgemeinen bin ich überzeugt, dass die Einschränkung der Freizügigkeit europäischer Arbeitnehmer nicht die richtige Antwort auf hohe Arbeitslosigkeit ist“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissar Laszlo Andor in Brüssel. Dennoch wandte er ein: „Diese Entscheidung wurde wegen der sehr speziellen Arbeitsmarktlage in Spanien getroffen.“

Rumänen, die in Spanien arbeiten wollen, brauchen seit Ende Juli eine Arbeitserlaubnis. So will Madrid den Zustrom Arbeitssuchender kappen und den Bedürfnissen des unter Druck stehenden Arbeitsmarkts anpassen. Die Regelung gilt zunächst bis Ende 2012.

Nach EU-Angaben gilt die Beschränkung für alle Branchen und für alle Gebiete Spaniens. Nicht betroffen seien jedoch rumänische Staatsangehörige, die bereits in Spanien beschäftigt sind und als arbeitssuchend gemeldet sind.

Da Spanien seinen Arbeitsmarkt bereits für alle EU-Bürger geöffnet habe, könne die Einschränkung nur vorübergehend sein, betonte die EU-Kommission. Der Beschluss könne jederzeit widerrufen oder geändert werden, falls sich das für notwendig erweisen sollte. Die EU-Behörde will die Lage auf dem spanischen Arbeitsmarkt genau beobachten. Er hoffe, so EU-Kommissar Andor, „dass diese Maßnahme möglichst kurze Zeit dauert und dass auch in Zukunft eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Freizügigkeit in Europa die Oberhand behält“.

Spanien hatte im Januar 2009 Einschränkungen für Arbeiter aus Rumänien – seit 2007 EU-Mitglied – aufgehoben. Das Land leidet heute aber mit mehr als 21 Prozent an der höchsten Arbeitslosenquote in der EU. Brüssel hatte erst mit Skepsis auf die Pläne Madrids reagiert.

Vor allem die Jugend leidet unter der Perspektivlosigkeit. Spanien hat auch die weitaus höchste Erwerbslosenquote in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen in der EU: Fast jeder Zweite dieser Altersgruppe (45,7 Prozent) ist ohne Job.

Was für eine schöne Vorstellung, man könnte die Einreise an den Grenzen zu Polen und Tschechien wieder kontrollieren und Griechenland gegen Aufbauhilfe höflich aus dem Euro verabschieden. Aber dafür bräuchten wir erst wieder Politiker, die ihre Arbeit ohne ideologische Scheuklappen machen.

Libanesen durch Berlin gejagt?



Die zwei sehen nicht unbedingt so aus, als würden sie 10 Jahre jüngere libanesische Männer mit Hämmern durch Berlin jagen und anschließend noch Polizisten vermöbeln, und doch will uns die Berliner Presse bis hin zur überregionalen WELT genau diese nach Fake riechende Geschichte in künstlicher Empörung aufbinden. Die beiden PRO-Politiker Detlev Schwarz und Oliver Ackermann (*Foto*), die nachweislich selber die Polizei zu dem Vorfall gerufen hatten, haben denn auch eine andere Version, die in den Qualitätsmedien leider keine Erwähnung findet.

Der Tagesspiegel ist entrüstet über den „Angriff auf offener Straße“:

Zwei Wahlkampfshelfer der ultrarechten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ haben in Berlin einen Libanesen bedroht und verfolgt. Sie griffen auch einen Zivilpolizisten an.

Die beiden Wahlkampfshelfer im Alter von 42 und 50 Jahren hängten am Mittwoch gegen 11 Uhr Wahlplakate der ultrarechten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ am Ostpreußendamm auf. Auf den Plakaten ist eine rot durchgestrichene Moschee zu sehen, darunter steht der Spruch: „Wählen gehen für Thilos Thesen“. Ein 32-jähriger Libanese sprach die beiden Männer auf das Plakat an und kritisierte das Motiv und die Botschaft. Der Streit eskalierte, als der 42-jährige Wahlkampfshelfer einen

Hammerstiel ergriff und dem 32-jährigen drohte, ihn „totzuschlagen“, hieß es bei der Polizei.

Der Libanese versuchte zu flüchten, die beiden Angreifer verfolgten ihn.

Ein Zivilpolizist, der den Vorfall von seinem Dienstfahrzeug aus beobachtet hatte, alarmierte sofort Unterstützungskräfte und schritt dann selbst ein. Als er den 50-Jährigen stellen wollte, attackierte dieser ihn mit einem Pfefferspray. Mit Hilfe der zwischenzeitlich eingetroffenen Unterstützungskräfte konnten die beiden Wahlkampfshelfer festgenommen werden.

Nachdem die Beamten die Personalien der beiden Tatverdächtigen aufgenommen hatten, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Zivilpolizist erlitt Augenreizungen sowie Prellungen am linken Bein und musste nach ambulanter Behandlung verletzt vom Dienst abtreten. Seine Kollegen blieben unverletzt. Die Polizei ermittelt gegen die Wahlkampfshelfer wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Die beiden Angreifer erstatteten ihrerseits Anzeige wegen Körperverletzung im Amt.

Die beteiligten Deutschen stellen den Sachverhalt etwas anders dar, was allerdings in keiner Zeitung berücksichtigt wird, denn das Bild von Rechtspopulisten, die friedliche Libanesen durch Berlin jagen, so unglaublich es auch sei, passt zu gut zum medialen Volkserziehungsauftrag. Hier die Darstellung der Betroffenen:

Die „B.Z.“ und andere Medien verbreiten heute eine aus dem Berliner Innenministerium lancierte FALSCHMELDUNGEN über einen Angriff auf die pro-Deutschland-Mitglieder Detlev Schwarz und Oliver Ackermann bei einem Plakatiereinsatz in Steglitz. Ein Mann mit Zuwanderungshintergrund hatte die beiden bedroht: Er telefonierte Bekannte herbei und kündigte

an: „Wir schneiden euch die Kehle durch.“ Daraufhin riefen Schwarz und Ackermann über 110 die Polizei.

Nach einigen Minuten erschien ein zweiter Mann mit Zuwanderungshintergrund, der brutal und ohne jede Vorwarnung auf Oliver Ackermann eintrat. Ackermann wehrte sich gegen diese Person mit Pfefferspray. Daraufhin stürzten sich zwei herbeieilende Polizisten nicht etwa auf den Angreifer, sondern auf Ackermann und Schwarz: Denn der Angreifer war Polizist (!), wenn auch als solcher nicht zu erkennen.

Dazu erklärt Manfred Rouhs:

„Bis gestern hörte sich das Ganze nach der kollegial gedeckten mißlichen Fehlleistung einer Einzelperson an. So was kann passieren. Nachdem aber heute staatliche Stellen daraus eine Räuberpistole gemacht und diese an die Presse lanciert haben, erscheint die Sache in einem anderen Licht. Da wird mancher alter Stasi-Kader schmunzeln.

Pro Deutschland soll offenbar mit allen, auch mit radikalen Mitteln öffentlich verächtlich gemacht werden. In diesem Fall wird indessen so dick aufgetragen, daß die Frage erlaubt sein muß: Wer ist so naiv und fällt darauf herein? Warum sollten pro-Deutschland-Mitglieder erst selbst die Polizei rufen – ein beim Polizei-Notruf dokumentierter Vorgang, der sich nicht leugnen läßt – und dann einen Polizisten tätlich angreifen? Da pfeift die Inszenierung aus allen Ritzen!“

Weswegen der vorausgegangene Notruf in den Zeitungen wohl auch verschwiegen wird. Wie auf Befehl (?) erscheinen nun im Kommentarbereich des Tagesspiegel „besorgte Bürger“, die man vermutlich in der Öffentlichkeit sonst eher vermummt antrifft. Das wundert weniger, als der offensichtliche Versuch eines Anhängers der „Freiheit“, aus der Rufmordkampagne gegen PRO Kapital für die eigene Gruppe zu schlagen:

von Berliner03011.08.2011 14:46 Uhr

*Antwort auf menschenfeind69 vom 11.08.2011 14:24 Uhr
Gewalt als legitimes Mittel?*

„Wie es aussieht, sieht man Gewalt bei ‚Pro Deutschland‘ als legitimes Mittel, Interessen durchzusetzen...“

Erschreckend wie sich darin die Rechts- und Linksextremen darin ähneln.

‚DIE FREIHEIT‘ lehnt solche Gewaltanwendung ab und nimmt daher auch keine so gesinnten Leute in ihre Partei auf.

Somit gibt es nur eine Partei in Berlin, die Sarrazins Thesen auf eine gute Art umsetzen will.

Die Hoffnung, sich nach Art eines petzenden Schulmädchens bei der Stegemann-Antifa und der SED-Staatsführung beliebt zu machen, erweist sich allerdings in den Reaktionen der „Bürger“ als trügerisch. Ganz so schmierig mag es selbst der politisch korrekte Gegner dann doch nicht.

UPDATE: Der Tagesspiegel hat im Laufe des Abends seinen Artikel umgeschrieben. Neben einem Hinweis auf eine einstweilige Anordnung auf Betreiben Sarrazins gegen den Plakattext „wählen für Thilos Thesen“ auf PRO-Plakaten ist in obiger Sache der Libanese inzwischen zum Deutsch-Syrer geworden. Möglicherweise hat er seinen Ausweis wiedergefunden? Im übrigen kommt jetzt auch Manfred Rouhs von PRO für eine kurze Gegendarstellung zu Wort, die der von uns bereits zitierten entspricht.



TV: Islamische Kinderschänder In Afghanistan

Heute abend um 23.00 Uhr bringt Phoenix einen Film über Kinderschänder in Afghanistan. „Baccha Baazi“ – „Knabenspiele“ wird dieses archaische Ritual genannt, bei dem sich Männer mit „Tanzjungen“ amüsieren und sie sexuell missbrauchen. Laut FAZ ist der Film heftig. Einer der afghanischen Kriegsfürsten brüstet sich, 2000 solcher Kinder „gehabt“ zu haben. Wenn die Mißbrauchten nicht mitmachen wollen oder „verbraucht“ sind, werden sie oft einfach ermordet. Besonders pikant an der Sache ist auch, daß diese Dinge ablaufen, solange wir die Bundeswehr und andere Organisationen in Afghanistan haben, welche dort angeblich die Demokratie einführen.

Kauder fordert besseren Schutz von Christen



Wie FAZ.net berichtet, hat Unions-Fraktionschef Volker Kauder bei seinem Besuch in Indien einen besseren Schutz von Minderheiten gefordert. Er richtete sich insbesondere an den Ministerpräsidenten Des Bundesstaates Orissa, wo es in der Vergangenheit häufiger zu gewalttätigen

Übergriffen auf Christen kam. Wenn Sie sich nun wundern, woher dieser Mut plötzlich kommt: ganz einfach, die Übergriffe wurden von radikalen Hindus verübt.

In dem Artikel auf FAZ.net heißt es:

Angesichts von Übergriffen und Drohungen gegen Christen im ostindischen Bundesstaat Orissa hat Unions-Fraktionschef Volker Kauder einen besseren Schutz der Minderheit angemahnt. Nach einem Gespräch mit Orissas Ministerpräsidenten Naveen Patnaik in Bhubaneswar sagte Kauder am Donnerstag der Nachrichtenagentur dpa: „Wir erwarten, dass alles getan wird, um Christen zu schützen.“

Patnaik habe ihm seinen Innenminister als direkten Ansprechpartner genannt. „Wir konnten also konkrete Verbesserungen erreichen.“ Radikale Hindus hatten vor drei Jahren im Distrikt Kandhamal in Orissa mehr als 40 Christen getötet. Dutzende Kirchen gingen in Flammen auf, etwa 25.000 Menschen flohen vor der Gewalt. Auslöser war der Mord an einem fundamentalistischen Hindu-Politiker. Der Tat bezichtigten sich maoistische Rebellen, die in der Region aktiv sind.

Schade, dass die Union und Volker Kauder nicht genauso energisch auftreten, wenn es um Christenverfolgung in islamischen Ländern geht. Denn faktisch werden überall dort, wo Muslime in der Mehrzahl sind, Andersdenkende unterdrückt und diskriminiert; übrigens längst auch in den Problemvierteln deutscher Großstädte.

FAZ.net berichtet weiter, dass die CDU am 19. September während des Papst-Besuches in Berlin einen Kongress veranstalten wird, auf dem es um die Verfolgung von Christen weltweit geht. Man darf gespannt sein, ob Kauder und seinesgleichen dort klare Worte finden, die sich nicht nur an radikale Hindus, sondern vor allem an radikale Muslime richten. Die sind nämlich in Sachen Christenverfolgung

unbestritten das weit größere Problem.

So sieht die Wissenschaft Multikulti



Der deutsche Sprachraum ist in den letzten Jahrzehnten nicht gerade reich an weltweit anerkannten Naturwissenschaftlern.

Eine Ausnahme bildet einer der führenden Köpfe der naturwissenschaftlich-biologisch begründeten Verhaltensforschung, der österreichische Wissenschaftler Prof. Dr. Irernäus Eibls-Eibelsfeldt, Student und früherer Mitarbeiter des weltberühmten Konrad Lorenz. Weil sein Fach es mit sich bringt, dann und wann mit selbsternannten Pseudowissenschaften wie der nach dem Weltkrieg erfundenen Soziologie zu kollidieren, bleibt es nicht aus, dass die seriösen Wissenschaftler des Fachgebietes immer wieder Anpöbelungen von halbgebildeten Journalistenschnöseln und parawissenschaftlichen Scharlatanen ausgesetzt sind, die um die Deutungshoheit gesellschaftlicher Themen fürchten.

Die Sorge ist berechtigt, wie ein Interview des FOCUS mit Eibl-Eibelsfeld zeigt, das bereits im Jahr 1996 Entwicklungen voraus sah, die heute weit fortgeschritten sind. Was die

Wissenschaft zu Multikulti und Masseneinwanderung zu sagen hat, bedroht nach wie vor die Grundlage aller Profiteure des sozialpädagogisch-industriellen Migrationskomplexes:

FOCUS: Sie warnen seit Jahren vor den Folgen der Immigration; zugleich schauen Sie so gelassen auf die Zukunft des Abendländers?

Eibl-Eibesfeldt: Es geht mir zunächst einmal um die Erhaltung des inneren Friedens. Entscheidend ist deshalb auch, wer einwandert. Die europäische Binnenwanderung hat es immer gegeben, mitunter auch massive Immigrationswellen und kriegerische Überschichtungen. Aber die Bevölkerung im breiten Gürtel von Paris bis Moskau hat etwa die gleiche Mischung, sie ist anthropologisch nah verwandt. Die europäischen Nationalstaaten haben das Glück, relativ homogen zu sein.

FOCUS: Der Begriff des Ausländers müßte also durch den des Kulturfremden ersetzt werden?

Eibl-Eibesfeldt: Ich würde sagen: Kultur-fernen. Die integrieren und identifizieren sich nicht so leicht. Bei den innereuropäischen Wanderungen wurden die Leute integriert.

FOCUS: Und das ist Bedingung?

Eibl-Eibesfeldt: Es gibt diese schöne Idee, daß Immigranten ihre Kultur behalten und sich als deutsche Türken oder deutsche Nigerianer fühlen sollen, weil das unsere Kultur bereichert. Das ist sehr naiv. In Krisenzeiten hat man dann Solidargemeinschaften, die ihre Eigeninteressen vertreten und um begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze konkurrieren. Das stört natürlich den inneren Frieden. Die Algerier in Frankreich etwa bekennen sich nicht, Franzosen zu sein, die sagen: Wir sind Moslems. Vielfalt kann in einem Staate nebeneinander existieren, wenn die Kulturen verwandt sind, jede ihr eigenes Territorium besitzt und keine die Dominanz der anderen zu fürchten braucht – wie etwa in

der Schweiz.

FOCUS: Also müssen die Türken in Deutschland die Deutschen fürchten?

Eibl-Eibesfeldt: Gegenseitig. Wenn man über Immigration Minoritäten aufbaut, die sich abgrenzen und ein anderes Fortpflanzungsverhalten zeigen, wird das Gleichgewicht gestört. Immigrationsbefürworter sagen: Die werden sich angleichen. Nur: Warum sollten sie eigentlich? Deren Interesse kann doch nur sein, so stark zu werden, daß sie bei Wahlen eine Pressure-Gruppe darstellen, die ihre Eigeninteressen durchsetzen kann.

FOCUS: In Amerika werden die Weißen in hundert Jahren vermutlich Minderheit sein . . .

Eibl-Eibesfeldt: Das hat in erstaunlicher Offenheit das „Time-Magazine“ ausgesprochen. Die Amerikaner haben gerade kulturferne Immigranten gefördert in dem Glauben, man dürfe nicht diskriminieren. Aber Diskriminierung – auf freundliche Weise – betreibt ja jeder! Die eigenen Kinder stehen uns näher als die der anderen, die Erbgesetze nehmen darauf Rücksicht, und es ist ja auch schon diskriminierend, daß kein Fremder in meinen Garten darf. Auch ein Land darf seine Grenzen verteidigen. Wenn jemand den Grenzpfahl in Europa nur um zehn Meter verschieben würde, gäbe es furchtbaren Krach, aber die stille Landnahme über Immigration soll man dulden?

FOCUS: Das gebietet der Philanthropismus, sofern der nicht ein evolutionärer Irrläufer ist.

Eibl-Eibesfeldt: Es wird nicht in Rechnung gestellt, daß wir, wie alle Organismen, in einer langen Stammesgeschichte daraufhin selektiert wurden, in eigenen Nachkommen zu überleben. Europäer überleben nun mal nicht in einem Bantu, was gar keine Bewertung ist, denn für den Biologen gibt es zunächst einmal kein höheres Interesse, das sich im Deutschen oder im Europäer verwirklicht – nicht mal in der Menschheit.

FOCUS: Solche Ansichten haben ihnen den Vorwurf des Biologismus eingetragen, wobei Sie sich im Lasterkatalog der Wohlmeinenden noch zum Rassisten oder Faschisten hocharbeiten können.

Eibl-Eibesfeldt: Die Leute, die so de-monstrativ ihren Heiligenschein polieren, tun das ja nicht aus Nächstenliebe, sondern weil sie dadurch hohes Ansehen, hohe Rangpositionen, also auch Macht, gewinnen können – früher als Held, heute als Tugendheld. Der Mensch kann alles pervertieren, auch Freundlichkeit oder Gastlichkeit, und wenn die Folgen sich als katastrophal erweisen, schleichen sich die Wohlmeinenden meist davon und sagen: Das haben wir nicht gewollt.

FOCUS: Aber dieses Verhalten ist doch evolutionär schwachsinnig.

Eibl-Eibesfeldt: Sicher. Es sterben ja immer wieder Arten aus. Fehlverhalten im Politischen kann eine Gruppe immer wieder gefährden, wie man zuletzt am Marxismus gesehen hat.

FOCUS: Was sollten wir also tun?

Eibl-Eibesfeldt: Wir müssen von dem fatalen Kurzzeitdenken wegkommen. Wie alle Organismen sind wir auf den Wettlauf im Jetzt programmiert. Wir sind aber zugleich das erste Geschöpf, das sich Ziele setzen kann, das seinen Verstand und seine Fähigkeit, sozial zu empfinden, fürsorglich zu sein, auch mit einbringen kann.

FOCUS: Was bedeutet das praktisch?

Eibl-Eibesfeldt: Ein generationsübergreifendes Überlebensethos. Ich würde vorschlagen, daß sich Europa unter Einbeziehung Osteuropas großräumig abschottet und die Armutsländer der Dritten Welt durch Hilfen allmählich im Niveau hebt. Wenn wir im Jahr 1,5 Millionen Menschen aus der Dritten Welt aufnahmen, würde das dort überhaupt nichts ändern – das gleicht der Bevölkerungsüberschuß, wie Hubert

Markl unlängst betonte, in einer Woche wieder aus, solange es keine Geburtenkontrolle gibt. Man kann gegen eine Bevölkerungsexplosion in diesem Ausmaß sonst nichts tun, bestenfalls das Problem importieren, wenn man dumm ist.

FOCUS: Das ist dann, wie Sie schreiben, „Überredung zum Ethnosuizid“?

Eibl-Eibesfeldt: Die heute für die Multikultur eintreten, sind eben Kurzzeitdenker. Sie sind sich gar nicht bewußt, was sie ihren eigenen Enkeln antun und welche möglichen Folgen ihr leichtfertiges Handeln haben kann.

FOCUS: Ist der moderne Westeuropäer überhaupt noch vitalistisch erklärbar? Leistet er sich aus evolutionärer Warte nicht zuviel Luxus wie Immigration, Feminismus, Randgruppendifkurse, den Wohlfahrtsstaat?

Eibl-Eibesfeldt: Das wird sich wieder moderieren, wie man in Wien sagt . . .

FOCUS: Über Katastrophen?

Eibl-Eibesfeldt: Nicht nur. Ich glaube, daß die Leute Vernunftgründen doch zugänglich sind. Konrad Lorenz hat gesagt, es sei doch sehr unwahrscheinlich, daß von einer Generation auf die andere alles kulturelle Wissen auf einmal hinfällig und überholt ist. Die Tradition mitsamt der Offenheit für Experimente in gewissen Bereichen und die Bereitschaft zur Fehlerkorrektur, das zusammen eröffnet uns große Chancen. Aber alles umzubrechen und Großversuche wie das Migrationsexperiment anzustellen, das ja nicht mehr rückgängig zu machen ist, halte ich für gewissenlos. Man experimentiert nicht auf diese Weise mit Menschen.

FOCUS: Sie sagen, daß Xenophobie – Fremdenscheu, nicht Fremdenhaß – stammes-geschichtlich veranlagt ist.

Eibl-Eibesfeldt: Das ist in der Evolution selektiert worden,

um die Vermischung zu verhindern. Die Fremdenscheu des Kleinkindes sichert die Bindung an die Mutter. Später hat der Mensch das familiale Ethos zum Kleingruppenethos gemacht. Mit der Entwicklung von Großgruppen erfolgte eine weitere Abgrenzung. Die ist unter anderem an Symbole gebunden, die Gemeinsamkeit ausdrücken sollen. Beim Absingen von Hymnen überläuft viele ein Schauer der Ergriffenheit, was auf die Kontraktion der Haaraufrichter zurückzuführen ist. Es sprechen da kollektive Verteidigungsreaktionen an; wir sträuben einen Pelz, den wir nicht mehr haben.

FOCUS: Das ist alles etwas Gewordenes. Kann sich nicht eines Tages den türkischen Deutschen und den deutschen Deutschen beim Abspielen der gemeinsamen Nationalhymne gemeinsam der Pelz sträuben?

Eibl-Eibesfeldt: Wenn das über Integration erfolgte, ja. Eine langsame Durchmischung kann durchaus friedlich verlaufen, und es kann etwas Interessantes herauskommen. Wir sprechen aber davon, ob in einem dichtbevölkerten Land über Immigration das Gesundshrumpfen der Bevölkerungszahl aufgehalten werden soll. Das fördert sicherlich nicht den inneren Frieden, sondern könnte selbst zu Bürgerkriegen führen – wir haben ja bereits das Kurdenproblem. Das ist nicht böse gemeint, es zeigt eben, daß diese Gruppen ihre Eigeninteressen ohne Rücksicht vertreten. Ich verstehe da übrigens auch die Grünen nicht, die sich gegen jede Autobahn sträuben und klagen, daß das Land zersiedelt wird. Dann kann man nicht zugleich alle reinlassen wollen. (...)

FOCUS: Wie auch immer, der letzte Mensch steuert scheinbar unaufhaltsam der Weltzivilisation entgegen. Halten Sie einen globalen Einheitsmenschen für vorstellbar?

Eibl-Eibesfeldt: Ich kann mir vorstellen, daß es große Blöcke geben wird, in denen der Bevölkerungsaustausch eine ziemlich einheitliche Population hervorbringt. Aber der Verlust an Differenzierung wäre schade. Das würde eine Weltsprache

bedeuten oder eine Sprache des eurasischen Blockes. Niemand würde mehr spanische oder italienische Autoren lesen . . .

FOCUS: Aber Sie als Ethologe müßten solche Verluste doch in den Skat drücken können. Die verschiedenen Sprachen sind doch bloß Neandertaler.

Eibl-Eibesfeldt: Dann bin ich eben ein Neandertaler. Ich liebe die kulturelle Buntheit. Die Neigung, sich abzugrenzen und eigene Wege zu gehen, ist schon im Tier- und Pflanzenreich ausgeprägt. Artenfülle ist die Speerspitze der Evolution, da wird dauernd Neues probiert. Der Mensch macht das kulturell, und wenn er seine kulturelle Differenzierung verliert, verliert er sehr viel von dem, was ihn zum heutigen Menschen gemacht hat. Wir wissen, daß es andere Möglichkeiten gibt; der Ameisenstaat ist perfekt. Die Frage ist nur, ob wir uns das als Individuen wünschen können.

FOCUS: Jetzt sind Sie so anthropozentrisch.

Eibl-Eibesfeldt: Ich gehöre der Gattung Homo sapiens an. Ob sich die Humanität bewährt, für die ich ja plädiere, wissen wir nicht, aber ich sehe durch die ganze Geschichte, daß sie sich bewähren könnte.

FOCUS: Das Glück des letzten Menschen scheint unverträglich mit der Idee zu sein, als Glied einer Generationenkette zu existieren.

Eibl-Eibesfeldt: Das ist ein schrecklicher Irrglaube. Wer keine Kinder in die Welt setzt, steigt aus dem Abenteuer der weiteren Entwicklung aus.

FOCUS: Das ist denen ja egal.

Eibl-Eibesfeldt: Ja, aber die Natur sorgt schon dafür, daß dann deren Gene nicht weiterleben. Ich glaube, daß diese Leute um einen Teil ihres Lebensglücks betrogen wurden. Zum Individuum gehört das Bewußtsein, daß man eben nicht nur

Individuum ist, sondern eingebettet in eine größere Gemeinschaft und in einen Ablauf von Generationen und daß wir den Generationen vor uns unendlich viel verdanken.

FOCUS: Es handelt sich also um das freiwilliges Ansteuern einer evolutionären Sackgasse?

Eibl-Eibesfeldt: Ich kann im Hirn des Menschen über Indoktrination und dauernde Belehrung Strukturen aufbauen, die diese Menschen gegen ihre Eigeninteressen und gegen die Interessen ihrer Gemeinschaft handeln lassen. Ein Kollektiv kann ja von religiösem Wahn befallen werden und sich umbringen.



„Establishment nicht mehr zurechnungsfähig“



Endlich herrscht wieder Ruhe in England. Mehr oder weniger. Zwei Faktoren sorgten dafür, dass es in der vergangenen Nacht nicht zu derart heftigen Ausschreitungen kam wie in den Nächten davor:

erstens die Polizei. Und zweitens Regen. Da macht das „Demonstrieren“ keinen Spass mehr. Derweil geht in deutschen Medien das Ringen um die richtige, politisch-korrekte Deutung der Ereignisse weiter. Dabei kommen die üblichen Methoden gezielter Verklärung zum Einsatz. Ein hervorragendes Beispiel liefert die FAZ.

FAZ-Korrespondentin Gina Thomas liefert aus dem fernen London einen hervorragenden Beleg dafür ab, mit welcher Einseitigkeit die Ausschreitungen in England in deutschen Medien dargestellt werden. In ihrem aktuellen Artikel berichtet sie von „Londoner Bürgern“, die sich gegen die Randalierer zur Wehr setzten:

Die türkischstämmigen Bewohner von Dalston im Nordosten Londons, die ihre Geschäfte mit Schläuchen, Staubsaugern, Snooker-Queues und anderen gerade zur Hand liegenden Geräten schützten, sind nun ebenso als Helden gefeiert worden wie die Sikhs im Westlondoner Southall, die vor ihrem Tempel Wache standen, um die Randalierer fern zu halten.

Es gibt keinen Zweifel, dass unter den vielen Bürgern, die sich dem wütenden Mob mutig entgegen stellten, auch viele Einwanderer waren. Doch waren es nur Einwanderer?

Nein. Auch die Partei „English-Defence-League“ (EDL) schickte ihre Mitglieder auf die Straßen, um sich zum Schutz der Bürger den randalierenden Jugendbanden entgegen zu stellen (siehe Video am Ende des Textes). Ganz gleich, was man von der EDL hält – wäre nicht auch das eine Erwähnung wert?

Keine Sorge. Erwähnt werden die „Rechtsextremen“ auch in dem FAZ-Artikel von Gina Thomas. Allerdings in einem ganz anderem Zusammenhang. Und der ist natürlich alles andere als positiv:

Damit aber sind die Forderungen nach dem Einsatz des Militärs und der Organisation von Selbstwehrguppen keineswegs verstummt, zumal die Kommentatoren voll der Kritik sind über die liberale Politik, die die Autorität der Polizei

unterhöhlt habe. Aus dieser Stimmung versuchen unter anderem die Rechtsextremen Kapital zu schlagen, die das Chaos auf den Straßen als Bestätigung ihrer ständigen Unkenrufe über die Folgen der Einwanderungspolitik darstellen.

Mit anderen Worten: heldenhafte Einwanderergruppen stellen sich den Randalierern entgegen. Und böse, böse Rechtsextreme versuchen, aus dem Ereignis Kapital zu schlagen. So funktionieren deutsche Medien. Das sind die Methoden propagandistischer Berichterstattung.

Was das Volk von derart offensichtlicher Manipulation hält, zeigt sich derweil schon im FAZ-Kommentarbereich. Ein Leser schreibt:

Man muß sich das Verhalten der britischen Polizei und Regierung, wie es in diesem Artikel goutiert wird, mal auf der Zunge zergehen lassen:

Erst kommt die Polizei nicht, und dann sind es aber die Bürgerwehren, die die Gewalt „schüren“.

Erst holt die Regierung Millionen Elendsflüchtlinge ins Land, und wenn diese außer Kontrolle geraten, „mißbrauchen“ Rechtsextremisten die Situation.

Man ist offenbar nur noch von Verrückten umgeben. Das Establishment ist nicht mehr zurechnungsfähig.

Dem ist wirklich gar nichts mehr hinzuzufügen.

Videos zum Thema (mit Dank an TheAnti2007):

EDL-Mitglieder beschützen Einwohner von Eltham:

Londons Bürgermeister Boris Johnson über die EDL:

Ekel-Dönerfleisch-Fabrikant muss hinter Gitter

☒ Döner gilt gemeinhin als ein attraktives Fastfood-Gericht, mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis. An gar nicht so wenigen Orten bekommt man ihn für € 2,50 oder gar € 2,00. In Berlin war vor drei Jahren sogar einmal ein Preiskrieg im Gange, bei dem Döner zeitweilig für € 1,00 verkauft wurde. Von diesem Geld muss der Betreiber die Lebensmittel bezahlen, dazu die Mehrwertsteuer und die Miete. Und selbst wenn die mithelfenden Familienangehörigen teilweise kostenlos arbeiten, wollen doch Goldkettchen und zumindest ein gebrauchter Mercedes von diesem Umsatz ebenfalls finanziert sein. Die Kehrseite dieses scheinbar alle glücklich machenden Dönerwunders, bekommt man immer wieder mit allerlei Fleischskandalen zu spüren.

(von Thorsten M.)

So wurde in diesen Tagen vor dem Landgericht Augsburg ein Wertinger Fleischfabrikant wegen des Verkaufs von 130 Tonnen verdorbenen Fleisches an Dönerbuden für zwei Jahre ohne Bewährung hinter Gittern geschickt. n-tv berichtet weiter:

Der 60-Jährige hatte laut Urteil in 22 Fällen nicht zum Verzehr geeignetes Fleisch mit neuen Etiketten versehen und mit Hilfe zweier Geschäftspartner vor allem an Berliner Dönerbuden verkauft. Das Landgericht Augsburg verurteilte den Wertinger Fleischfabrikanten am Mittwoch wegen gewerbsmäßigen Betrugs.

Der 60-Jährige und seine Geschäftspartner hatten insgesamt mit 130 Tonnen Fleisch gehandelt und rund 150.000 Euro umgesetzt. Die Ware sei nicht gesundheitsschädlich gewesen, sondern habe aus formalen Gründen die Zulassung verloren, betonte der Vorsitzende Richter Wolfgang Natale. Als

besonders gravierend wertete er jedoch, dass der Angeklagte nach dem Bekanntwerden des Skandals im Sommer 2007 gegen ein Gewerbeverbot verstieß und über eine Strohfrau weiter mit Fleisch handelte.

„Damit hat er die goldene Brücke, die er sich aufgebaut hatte, wieder eingerissen. Es zeigt, wie wenig er bereit ist, wieder in den Bereich der Legalität zurückzukehren“, sagte Natale. Deshalb sei auch eine Bewährungsstrafe nicht in Betracht gekommen. Drei Monate der Strafe müssten allerdings wegen der langen Verfahrensdauer als verbüßt angesehen werden.

Umfangreiches Geständnis

Bereits am Vormittag hatten sich Richter, Verteidigung und Staatsanwaltschaft in einer Absprache auf ein Strafmaß von zwei Jahren geeinigt. Voraussetzung dafür war das umfangreiche Geständnis des 60-Jährigen, das er später in Form einer Erklärung seines Anwalts ablegte. Zudem zeigte er Reue für seine Taten: „Das war halt eine riesen Dummheit, das zu machen“, sagte er. Dem Strafmaß schlossen sich Verteidigung und Staatsanwaltschaft in ihren Plädoyers an.

Verteidiger Steffen Ufer betonte, dass die lange Verfahrensdauer sehr belastend für seinen Mandanten gewesen sei und er zwei Herzinfarkte in dieser Zeit erlitten habe. Zuletzt musste das Verfahren gegen den 60-Jährigen wegen seiner Krankheit im Mai ausgesetzt und abgetrennt werden. Seine Geschäftspartner wurden in der Zwischenzeit bereits zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Ausgelöst hatte den Ekelfleisch-Skandal ein Lastwagenfahrer. Im Sommer 2007 brachte er mehrere Tonnen Fleischabfälle in die Wurst- und Fleischfabrik im schwäbischen Wertingen und beobachtete, wie der Angeklagte die Ware heimlich umetikettierte. Im Prozess war der 53-Jährige am Mittwoch erneut als Zeuge geladen. „Dass es da nicht mit rechten Dingen zugehen konnte, der Verdacht lag sehr nahe“, sagte der

Lastwagenfahrer. Er gehe zudem davon aus, dass Taten wie die des 60-Jährigen bei weitem kein Einzelfall sind. Der Fahrer hatte die Behörden alarmiert.

Wer „Geiz ist geil“ sät, wird „Gammeldöner“ ernten. Zwar ist ein höherer Dönerpreis keine Garantie dafür, dass man bessere Lebensmittel bekommt. Aber ein sehr niedriger Preis ist umgekehrt ganz sicher ein Beleg dafür, dass es an irgend einer Stelle der Herstellungskette nicht mit rechten Dingen zugeht.

Zum Glück gibt es im Zweifel in den meisten Städten auch immer noch die gute alte Curry-Wurst mit Pommes, wenn es schon unbedingt Fast-Food sein muss.



Die Messerstecher von Hameln



Bei der alten deutschen Sage „Der Rattenfänger von Hameln“ war jener mit einer Flöte unterwegs, um Ratten aus dem Ort zu locken. Aus Verärgerung über die ausbleibende Entlohnung ließ er dann auch noch die Kinder verschwinden. Die gestrige

Meldung aus der niedersächsischen Kleinstadt hat ein neues Bild geschaffen – allerdings nicht mit Flöte, sondern mit Messern und Baseballschlägern.

Von Michael Stürzenberger

Welt online zitiert eine Polizei-Pressemitteilung, nach der es sich um „private Differenzen“ zwischen „Angehörigen von zwei Familien teils libanesischer teils türkischer Staatsangehörigkeit“ handele. Also so etwas wie familiäre Meinungsverschiedenheiten, in deren Folge sich Türken und Libanesen gruppenweise gegenseitig bereicherten. Möglicherweise waren sie sich nicht über die Aufteilung ihrer Nebeneinnahmequellen einig. Wir sind über den Fleiß und das hohe Engagement unserer zugewanderten Fachkräfte hoch erfreut. Welt online verzerrt das friedliche Bild und berichtet recht kultur-unsensibel:

Bei einer Massenschlägerei zwischen zwei Großfamilien sind in Hameln zahlreiche Beteiligte verletzt worden. Nach Angaben der Polizei wurden sieben Menschen mit zum Teil blutenden Wunden in Kliniken gebracht.

Am Tatort stellte die Polizei Baseballschläger, Messer, Latten und eine Gaspistole sicher, die die Beteiligten als Waffen benutzt worden sind.

Den letzten Satz zitieren wir übrigens unverändert. Er zeigt, welche Fachkräfte mittlerweile auch in Journalistenkreisen angekommen sind. Welt online hat hier wohl eine dapd-Agenturmeldung ohne grammatikalische Begutachtung übernommen. Um das Zukunft unserem Land braucht wir nicht bange zu sind.